203.000 Studenten an Berlins Hochschulen

Rund 166.000 Studenten davon sind im Wintersemester an den drei staatlichen Hochschulen eingeschrieben.

Seit 1. Oktober läuft das Wintersemester, die Vorlesungen an der Freien Universität (FU) und der Humboldt Universität (HU) haben gestern begonnen. Nach Angaben der Senatsverwaltung werden bei den nicht staatlichen Hochschulen keine wesentlichen Veränderungen bei der Studierendenzahl im Vergleich zum Vorjahr erwartet. Insgesamt werde von schätzungsweise 203.000 Studenten an allen Berliner Hochschulen ausgegangen.

Mehrere tausende Menschen fangen in diesem Wintersemester ein Studium an. An der HU sind es derzeit nach eigenen Angaben 7.860 Erstsemester (Stand 2. Oktober). An der Freien Universität haben sich demnach laut vorläufigem Stand rund 8.350 Studenten neu eingeschrieben. Laut TU liegt die voraussichtliche Immatrikulationszahl bei rund 6.700 Studenten in Bachelor- und Masterstudiengängen.

Polizei nimmt 20-jährigen Messerstecher fest

Nach intensiven Ermittlungen des Landeskriminalamtes (LKA) haben Beamte heute Morgen einen polizeibekannten 20-Jährigen in Neukölln festgenommen. Der Mann soll am 14. September einen 44-Jährigen im Volkspark Hasenheide ohne Anlass mehrfach in den Oberkörper gestochen zu haben. Das Opfer wurde schwer

verletzt und musste notoperiert werden.

Die Festnahme erfolgte in der Wohnung der Eltern des Beschuldigten in der Allerstraße. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ der Ermittlungsrichter einen Haftbefehl gegen den 20-Jährigen. Über Mogiv und Herkunft der beteiligten sagt die Berliner Polizei nichts.

Trauer um Charlie Kirk auch in Berlin

In Berlin trauern Menschen um Charlie Kirk.

Steffen Helbig im Hungerstreik für die Gehörlosen

von JULIAN MARIUS PLUTZ

BERLIN — Steffen Helbig ist entschlossen, für seine Ziele auf Essen zu verzichten. "Ich trete in den Hungerstreik, weil ich müde geworden bin. Seit über 16 Jahren bin ich ehrenamtlich aktiv, sowohl politisch, gesellschaftlich als auch privat. Doch geändert hat sich nicht viel. Mein Engagement und das vieler gehörloser Menschen ist weiterhin stark eingeschränkt."

Der Landesvorsitzende des Verbandes für Gehörlose in Berlin

ist selbst gehörlos und Rollstuhlfahrer. Er streikt, um überhaupt erst protestieren zu können. Immer wieder sprach er das Problem der mangelnden Teilhabe im politischen Diskurs an. Und immer wieder erntete er laut eigener Angabe Ignoranz. "Für mich gab es in all den Jahren keinen barrierefreien Zugang. Ich habe aber auch Probleme, die nicht nur in der Politik sind, sondern generell auch in der Gesellschaft".

Gehörlose stehen am Ende der Skala

Nur Menschen mit Herzen aus Holz könnten sein Anliegen nicht verstehen. Die Tatsache, sich nicht so äußern zu können, um auf Missstände hinzuweisen, die einer Gruppe widerfährt, muss frustrierend sein.

Es scheint eine Hierarchie der Opfer zu geben. Migranten, zumindest wenn sie aus dem arabisch/türkischen Raum kommen, genießen höchste Aufmerksamkeit. So gibt es Beauftragte, Begegnungszentren, Armaden an Sozialarbeitern, sie mit lobenswerten Zielen den mehr oder weniger "schon länger hier Lebenden" helfen wollen, ohne dass ihre Arbeit und den Erfolg daraus jemals evaluiert werden würde.

Bei Homosexuellen ist es mal so, mal so. Passt das Opfer in den Zeitgeist, erfährt es Beachtung. Ist der Täter jedoch selbst Teil einer Gruppe die geschützt werden muss, werden Gewalttaten schon mal unter dem Teppich gekehrt, verharmlost oder beschwichtigt. Es kann schließlich nicht sein, was nicht sein darf.

Der Staat darf sich niemals erpressen lassen

Am Ende der Skala stehen Behinderte. Sie haben keine Lobby und keine sexy Regenbogenfarben. Fehlende Rampen für Rollstuhlfahrer oder Internetseiten, die Barrieren aufweisen sind keine coolen Themen für mutige Politik. Auch dass Texte von Journalisten, die aufgrund ihrer komplex gemachten Satzstrukturen für Menschen, mit kognitiven oder

intellektuellen Leseschwierigkeiten echte Probleme darstellen, interessiert nicht. Dabei könnten die Kollegen doch einfach ihren Wolf Schneider, den "Journalistenpapst", einmal wieder in die Hand nehmen, falls sie das jemals getan haben.

Aus dieser Warte heraus ist der Protest von Herbing verständlich. Inwieweit es ein Hungerstreik sein muss, ist jedoch fraglich. Mithilfe Erpressung die Politik zu etwas bewegen, ist im hohen Maße problematisch. Denn der Politiker kann nie und darf niemals erpressbar sein. Würde der Verantwortliche aufgrund des Hungerstreiks auf Forderungen eingehen, käme das einer Kapitulation vor der eigenen Souveränität gleich. Das Signal wäre verheerend und würde andere auf den Plan rufen. Wenn das bei den Gehörlosen funktioniert, warum nicht auch bei den Klimaaktivisten, bei den Hartz IV Gegnern, bei den Rassisten oder Islamisten? Es bleibt dabei: Der Staat darf sich nicht und niemals erpressbar machen lassen.

Wir haben erlebt, welchen Popanz um die hungerstreikenden Klimaaktivisten gemacht wurde. Medien berichteten, auch jenseits von Berlin und das, obwohl ihr Ziel ein abstraktes, kaum greifendes war. Was ein "Hungerstreik für das Klima" sei, ist ebenso diffus, wie die Forderung nach weniger Armut oder besseres Leben. Wer kann schon dagegen sein?

Gehörlose eine Stimme geben

Entgegen Fridays For Future sind Helbings Forderungen konkret. So fordert er unter anderem mehr Gebärdendolmetscher. Das ist wichtig, aber nicht ausreichend. Gerade Menschen, die erst im Erwachsenenalter gehörlos werden, können diese Sprache erst gar nicht. Hinzukommt die mangelnde Sichtbarkeit vieler. Man sieht den Menschen ihre Einschränkung schlicht nicht an.

Oftmals sind diese Personen auch mit unangenehmen Gesprächspartnern konfrontiert, werden als dumm und minderbemittelt abgestempelt. Auch die immer noch häufig fehlenden Untertitel stellen ein Problem dar. Zwar und immerhin trifft das nicht beim Öffentlichen Rundfunk zu. Viele private Sender jedoch bieten diesen "Service" immer noch nicht an. Hier besteht Handlungsbedarf.

So gesehen ist das Mittel des Protests von Steffen Helbig vielleicht zu kritisieren. Das Ziel jedoch ist unverkennbar wichtig: Gehörlose Menschen eine Stimme zu geben, sie und ihre Behinderung ernst zu nehmen und auf Ihre Forderungen, jenseits von Parteiengeplänkel, einzugehen.

Festnahme nach Leichenfund am Berliner Fernsehturm

BERLIN — Nach einem Leichenfund unter dem Fernsehturm am Alexanderplatz in Berlin ist am Freitagabend ein Mann festgenommen worden. Es bestehe dringender Tatverdacht, sagte ein Polizeisprecher. Weitere Details gebe es noch nicht. Zuvor hatte die BILD über eine Festnahme berichtet.

Mitarbeiter der Stadtreinigung hatten die Leiche am Morgen entdeckt. Der tote Mann wurde laut Polizei auf dem Areal zwischen Treppen und Wasserspielen gefunden. Seine Verletzungen deuteten auf ein Tötungsdelikt hin. Deshalb solle die Leiche obduziert werden.

An der abgesperrten Fundstelle ermittelte eine Mordkommission. Dazu gehörte auch die Spurensicherung. Zur Identität des Mannes und zur Art seiner Verletzungen wollte der Polizeisprecher wegen der laufenden Ermittlungen noch nichts sagen.

Zwei Schwerverletzte bei Verkehrsunfall - Beteiligter flüchtet

BERLIN — Bei einem Verkehrsunfall in Tempelhof wurden heute früh zwei Frauen schwer verletzt. Nach den bisherigen Erkenntnissen war eine 21-Jährige kurz nach 5 Uhr mit ihrem Renault im Tempelhofer Damm unterwegs. Plötzlich habe sie ein Skoda links überholt, weshalb die junge Frau ihr Fahrzeug nach rechts lenkte, um eine Kollision zu vermeiden.

Dabei prallte sie gegen einen Porsche und einen Anhänger, die durch den Zusammenstoß beschädigt wurden. Während der Skoda ohne anzuhalten in Richtung Stadtautobahn weiterfuhr, brachten Rettungskräfte die 21-Jährige und ihre ein Jahr ältere Beifahrerin mit Kopfverletzungen und vermuteten Polytraumata in eine Klinik. Die Ermittlungen zu dem Unfall hat das Fachkommissariat für Verkehrsdelikte der Direktion 4 (Süd) übernommen.

Kopf-an-Kopf-Rennen bei Berliner Wahl

BERLIN — Bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und Grünen ab. Beide Parteien lagen am Sonntag in Prognosen von RBB und ZDF nahezu gleichauf, wie die Sender nach Schließung der Wahllokale um 18 Uhr berichteten.

Die SPD mit Spitzenkandidatin Franziska Giffey kam demnach auf 21,5 bis 23 Prozent. Die Grünen, für die Bettina Jarasch als Spitzenkandidatin ins Rennen ging, erreichten 22 bis 23,5 Prozent. Für die CDU sprachen sich laut den Prognosen 15 bis 17 Prozent der Wählerinnen und Wähler aus. Die Linke erreichten demnach 14 bis 14,5 Prozent. Die FDP erreichte 7,5 bis 8 Prozent, die AfD lag zwischen 6,5 und 7 Prozent.

Berlin wurde in den vergangenen Jahren von einem rot-rotgrünen Bündnis unter Führung der SPD regiert. Nach den Prognosen wäre eine Fortsetzung dieser Koalition rein rechnerisch möglich. Giffey hatte sich zuletzt aber nicht klar dazu bekannt und die Koalitionsfrage offengelassen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller trat am Sonntag nicht wieder zur Abgeordnetenhauswahl an, er wollte als Spitzenkandidat der Berliner SPD in den Bundestag einziehen.

Doppelpack vom Neuzugang: Hertha 4:3 gegen Liverpool

INNSBRUCK — Ein Einstand nach Maß von Neuzugang Stevan Jovetic hat Hertha BSC einen Testspielsieg gegen den FC Liverpool beschert.

Der 31 Jahre alte Montenegriner, erst zwei Tage zuvor vom Berliner Fußball-Bundesligisten neu verpflichtet, markierte gleich in seinem ersten Spiel als Einwechsler die entscheidenden beiden Tore (66. und 80.) zum 4:3 (2:2)-Sieg. Jovetic war zuletzt bei AS Monaco aktiv und hatte auch schon in England, Italien und Spanien gespielt.

Santiago Ascacibar (21.) und Suat Serdar (31.) hatten Hertha am Donnerstag im Tivoli-Stadion von Innsbruck vor über 10.000

Fans in Führung gebracht. Sadio Mané (37.) und Minamino Takumi (42.) schafften zwischendurch den Ausgleich für das Team von Trainer Jürgen Klopp. Das dritte Tor für die Reds durch Alex Oxlade-Chamberlain (88.) kam zu spät. Bei Liverpool feierte der niederländische Star Virgil van Dijk neun Monate nach seinem Kreuzbandriss ein Comeback.

Rechnungshof hat keine Beanstandungen bei AfD-Fraktion

BERLIN — Die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat sich heute mit der Stellungnahme des Rechnungshofes des Landes Berlin zu ihren Finanzen befasst. Der Fraktionsvorstand informierte die Abgeordneten, dass durch den Rechnungshof festgestellt worden sei, dass die Fraktion den gesetzlichen Anforderungen im vollen Umfang nachgekommen sei. Es gäbe keinerlei Rückforderungen.

Laut aktuellem Bericht des Fraktionsgeschäftsführers Friedrich Hilse wird die Fraktion bis zum Ende der laufenden Wahlperiode auf Grund der Coronakrise einen Überschuss erzielen, der im hohen sechsstelligen, voraussichtlich sogar im siebenstelligen Bereich liegen wird. Die gesparten Beträge werden der neuen Fraktion der AfD im Abgeordnetenhaus nach den Wahlen am 26. September 2021 für die neue Legislaturperiode zur Verfügung stehen.

Die Fraktion war vom Rechnungshof im Spätsommer 2020 aufgefordert worden, die erforderlichen Unterlagen zur Prüfung der Ausgaben der Fraktion in den Jahren 2017 bis 2019 dem Rechnungshof zur Verfügung zu stellen.

Müller gratuliert Udo Lindenberg zum 75. Geburtstag

BERLIN — Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), hat dem Musiker, Künstler und Träger des Verdienstordens des Landes Berlin, Udo Lindenberg, zu seinem 75. Geburtstag am Montag gratuliert und sein Wirken gewürdigt.

Müller: "Mit Udo Lindenberg ehren wir einen der erfolgreichsten deutschen Rockmusiker, der immer einen engen Bezug zu Berlin hatte und sich selbst einmal als 'halben Berliner' bezeichnete. Udo Lindenberg setzte sich auf vielfältige Weise für die Überwindung der Mauer und die Verständigung zwischen Ost und West ein. Mit seinem Sonderzug nach Pankow schrieb er Geschichte und sang mit Hut, Sonnenbrille und unverwechselbarer Stimme gegen die deutsche Teilung an."